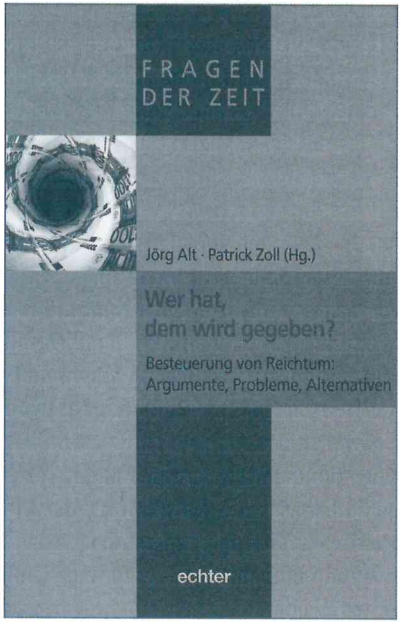
Jörg Alt, Patrick Zoll (Hg.): „Wer hat, dem wird gegeben? Besteuerung von Reichtum: Argumente, Probleme, Alternativen" (Reihe: Veröffentlichungen der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus), Würzburg: Echter Verlag 2016, 197 S., ISBN/EAN 978-3-4290-3913-4.

Spätestens seit dem Erfolg von Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert" ist die Diskussion über die zunehmende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen zurück in der Wirtschaftswissenschaft. Auch in der breiten Öffentlichkeit wächst das Bewusstsein für die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen. In dieser Hinsicht ist es begrüßenswert, dass sich die Herausgeber des hier besprochenen Bandes der Besteuerung von Reichtum annehmen, ist sie doch eine vielversprechende Möglichkeit zur Bekämpfung der zunehmenden Ungleichverteilung.

Entstanden ist der Band aus den Vorträgen einer Tagung des jesuitischen Projekts „Tax Justice and Poverty". Die insgesamt 16 kurzen Beiträge bieten einen gelungenen Einstieg in die Materie und bereichern überdies durch ihre Interdisziplinarität auch die Leserin, die mit dem Erkenntnisstand der ein oder anderen vertretenen Disziplin bereits vertraut ist. Gegliedert sind sie nach den drei thematischen Bereichen Sehen, Urteilen und



Handlungskontexte, die mit drei, sechs und sieben Beiträgen vertreten sind.

Im ersten Beitrag liefert Stefan Bach zunächst eine gute Zusammenfassung der empirischen Forschung zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, die in den letzten zwei Jahrzehnten durch steigende Ungleichheit und sinkende Umverteilung gekennzeichnet ist. Michael Hartmann ergänzt die Bestandsaufnahme um eine Studie der sozialen Herkunft und politischen Einstellungen der deutschen Wirtschafts- und Politikelite. Die Herkunft ist demnach prägend für wirtschaftspolitische Einstellungen, und die Inhaber der 1000 wichtigsten Machtposition stammten zu fast zwei Dritteln aus dem (Groß)Bürgertum. Da die Haltung der Eliten einer sozial gerechten Steuerpolitik entgegensteht, sieht Hartmann für ihre Umsetzung die Notwendigkeit massiven öffentlichen Drucks.

Im folgenden Abschnitt bewerten mehrere Autoren aus philosophischer bzw. theologischer Perspektive die Notwendigkeit der Besteuerung von Reichtum. Dabei besteht überwiegend Einigkeit, dass eine stärker progressive Besteuerung wünschenswert wäre. So identifiziert z. B. Joachim Wiemeyer aus einer mit christlicher Sozialethik begründeten vertragstheoretischen Sicht mehrere Problembereiche: Die Entstehung von Einkommen, die nicht mit Marktleistung zu begründen sind, etwa auf Finanzmärkten; die Bevorzugung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen im Gefolge steigender Kapitalmobilität; die mangelnde internationale Kooperation in Steuergesetzgebung und Steuerdatenaustausch. Matthias Möhring-Hesse betont darüber hinaus den Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, die eine selbst gewählte Beteiligung Superreicher an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben, wie sie heute de facto bestehe, ausschließe. Hieraus leitet er die Maßgabe der exzessiven Besteuerung exzessiver Einkommen

und Vermögen ab. So weit geht Elmar Nass nicht. Aus theologisch-naturrechtlicher Sicht kann er in einer Reichensteuer in Deutschland kein Notwehrrecht zur Begründung des Mindestmaßes persönlicher Freiheit erkennen (in Teilen des globalen Südens schon), diese ließe sich aber gleichwohl auf politischer Ebene christlich begründen. In einem vergleichbaren Tenor fordert Andreas Fisch die Entlarvung von Steuermythen und eine sachliche, ehrliche und werteorientierte Diskussion über Steuergerechtigkeit in der Politik. Sein Beitrag fasst zuvor die sozialethischen Veröffentlichungen zum Thema im deutschsprachigen Raum zusammen, ein echter Gewinn für interessierte Fachfremde.

Lediglich Otfried Höffe schwenkt aus der Phalanx der Umverteilungsbefürworter aus, und betont im Wesentlichen die Ungleichheit von Bildung(schancen) anstelle der materiellen Verhältnisse. So wünschenswert eine stärkere Kontroverse im Sammelband wäre, so schwach fällt dieser Kontrapunkt leider aus: Höffe belegt seine Thesen wenig überzeugend, sodass z. B. die Behauptung, seit zehn Jahren vergrößere sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland nicht mehr, ohne Quellenangabe auskommt und bereits durch einen Blick in den Beitrag von Bach leicht widerlegt wird. Hier wäre eine stärker empirisch unterfütterte Position wünschenswert gewesen, die etwa das Institut der deutschen Wirtschaft oder einer der „Wirtschaftsweisen" hätten beisteuern können, welche zuletzt im September 2015 die empirische Literatur so interpretierten, dass kein oder nur ein geringer Ungleichheitsanstieg feststellbar war (SVR 2015, S. 231–236).

Anschließend diskutiert der Band Reformvorschläge auf verschiedenen Ebenen. (Der eilige Leser findet in den abschließenden Bemerkungen der Herausgeber eine vorzügliche stichpunktartige Zusammenfassung.) Enrico Schöbel beginnt ebenso bodenständig wie überzeugend mit Problemen und Lösungsansätzen bei der derzeitigen Besteuerung Superreicher in deutschen Finanzämtern. Neben konkreten Vorschlägen für behebbare Mängel beinhaltet sein Beitrag auch ein Plädoyer dafür, die „Allmacht des deutschen Steuergeheimnisses" (S. 119) zu brechen, um das erhebliche Forschungsdefizit zur Anwendung und Befolgung des Steuerrechts zu vermindern. Dem kann sich der Rezensent nur vollumfänglich anschließen, verhindern doch Interessen von Privatpersonen bisher, dass sich das Interesse der Gemeinschaft an einer Erforschung der vom Fiskus angekauften Steuer-CDs oder anderer Betrugsfälle durchsetzt.

Mehrere Autoren schlagen eine progressive Reform der Erbschaftsteuer vor, um die Einkommens- und Vermögenskonzentration zu begrenzen: Timm Bönke begründet aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ihre Vorteile gegenüber der Vermögenssteuer; u. a. hätte letztere einen höheren Verwaltungsaufwand und erstere eine vorteilhaftere meritokratische Anreizfunktion. Konkrete Reformmaßnahmen für verschiedene Bereiche finden sich bei Lorenz Jarass, der Vorschläge für die Erbschaftsteuer und zur Begrenzung von (Unternehmens-)Steuervermeidung in Deutschland unterbreitet und dabei die Möglichkeit unilateralen Handelns betont.

Eine von Bönke vorgeschlagene und im Einklang mit den meisten oben zitierten Autoren stehende progressivere Einkommensbesteuerung hat ebenso wie eine Vermögensteuer aber auch Grenzen: Wie Giacomo Corneo (2014) argumentiert, ist die Achillesferse dieser Vorschläge die Höhe des zu einer wirksamen Begrenzung der Ungleichheit nötigen Steuersatzes. Sehr wahrscheinlich läge dieser so hoch, in etwa bei 80 %, dass der Staat mit geringeren Steuersätzen ein größeres Steueraufkommen generieren könnte, da die hohe Belastung zu Ausweichreaktionen und geringerer Produktivität führen würde. Daher schlägt Corneo alternativ vor, die Umverteilung bereits vor dem Steuerzugriff anzusetzen: Der Staat könnte demnach größere Aktienvermögen in öffentliches Eigentum überführen und daraus eine soziale Dividende für die Bürger finanzieren. Die Diskussion solcher Institutionen – ein öffentlicher Investitionsfonds und ein „Bundesaktionär", die schlussendliche zu einem „Aktienmarktsozialismus" führen könnten – wäre als Ergänzung zu den Vorschlägen des Sammelbandes bedenkenswert.

Den weitesten Bogen des Bandes schlägt Johannes Hoffmann, der über eine Reichensteuer hinaus Vorschläge zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen macht, die vom Forschungsprojekt „Ethisch-Ökologisches Rating" in konkrete Gesetzesänderungen gegossen wurden. Diese zielen vor allem darauf, Wettbewerb auf Kosten von Gemeingütern im Rahmen der Marktwirtschaft zu verhindern, also bisher externe Umwelt- und Sozialkosten zu internalisieren.

Etwas zu kurz kommen die auf dem Buchcover angekündigten internationalen Perspektiven: Zwei interessante Beiträge von Epiphane Kinhoun und Jonas Koudissa zeigen, dass ethisch-moralische Fundamente zur Überwindung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ebenso in afrikanischen Traditionen zu finden sind. Allerdings fehlt ein entsprechender Beitrag zur Handlungsperspektive, auch wenn die Herausgeber im Vorgriff auf kommende Forschungsergebnisse ihrer Kooperation in Kenia und Sambia fehlende Kapazitäten in der Steuerverwaltung als Hauptproblem identifizieren. Hier hätte sich ein Beitrag aus dem Tax Justice Network Africa angeboten, welches neben dem Kapazitätsaufbau die Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen sowie die Rolle der Staaten des globalen Nordens und ihrer Interessenvertretung OECD bei der Regelsetzung der transnationalen Besteuerung immer wieder kritisch beleuchtet (vgl. Kumar 2014, FES 2016). Dies hätte zudem gut an den Beitrag von Markus Henn angeschlossen, der insbesondere die Rolle Deutschlands bei illegitimen Finanzflüssen aus dem globalen Süden analysiert.

Cornelia Eichinger diskutiert die internationale Steuergestaltung von Unternehmen im Kontext der Corporate Social Responsibility und fordert letztlich neben Transparenz und öffentlichem Druck auch internationale Regu-

lierung. So befürwortet sie eine multilaterale Steuerbehörde, ebenso wie Thomas Rixen und Peter Dietsch, die die gegenwärtigen Bemühungen der EU und der OECD zur Bekämpfung internationaler Steuerflucht begrüßen, aber nicht für ausreichend halten.

Ihrem Fazit, demzufolge für Befürworter einer stärker umverteilenden Steuerpolitik noch dicke Bretter zu bohren bleiben, schließt sich der Rezensent an und empfiehlt zugleich den Sammelband allen zur Lektüre, die an einer Einführung in die aktuelle Diskussion zu Fragen der Steuergerechtigkeit interessiert sind.

Literatur

Corneo, G. (2014): „Kapitalsteuern und öffentliches Eigentum: Anmerkungen zum optimalen Umgang mit einer hohen Vermögenskonzentration", Diskussionsbeiträge des FB Wirtschaftswissenschaften, Nr. 2014/27.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2016): „Interview mit Dereje Alemeyahu", in: *Keine Steuern, keine Entwicklung – Wege zur gerechten Besteuerung multinationaler Unternehmen*, Bericht zur Konferenz, Berlin, S. 13–14.

Kumar, C. (2014): „Africa rising? Inequalities and the essential role of fair taxation", Report commissioned by Tax Justice Network Africa and Christian Aid.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015): „Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt", Jahresgutachten 2015/16, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Hannes Fauser, Berlin